



Solange der Haushalt noch nicht verabschiedet ist, ist auch der Bus noch nicht abgefahren. Das sicherten die Politiker gestern den Schülern (und Eltern) der Langermannschule zu. Die kamen im Bettlaken-Bus zur Podiumsdiskussion und wünschten sich einen Schulbus nach Noten.

Foto: Franz Luthé

Stadt streicht Bus für Behinderte – Förderschule machte ihren Nöten Luft – Politiker sicherten Unterstützung zu

# Bus ist noch nicht abgefahren

Anja Schröder

Carmen Zinke wohnt in Hombruch und hat drei Kinder. Marcel bringt sie morgens in die Langermannschule. Seine achtjährige Zwillingschwester marschiert derweil in die Schubert-Grundschule. Und damit die sechsjährige Jasmin pünktlich in den Kindergarten kommt, wohnt sie die Woche über bei Oma und Opa, kommt nur am Wochenende nach Hause. „Sonst“, sagt Carmen Zinke fast entschuldigend, „würde ich das gar nicht schaffen“.

Zinkes sind kein Einzelfall. Die Eltern, deren lernbehin-

derte Kinder die Langermannschule besuchen, liegen deshalb mit der Stadt über Kreuz. Weil die die Einrichtung einer Buslinie von Hombruch ins Kreuzviertel abgelehnt hat und die bestehende Verbindung von Dorstfeld zur Förderschule streichen will.

**»Weil etwas rechtlich okay ist, ist es das politisch lange nicht«**

Gestern machten die Eltern ihrem Ärger, auch ihren Nöten bei einer öffentlichen Schulpflegschaftsversammlung Luft. – Und forderten Politik.

Schulbeginn Dortmund: 8.20 Uhr; Arbeitsbeginn Bochum: 9 Uhr. Kaum zu schaffen. Dass sie ihrem achtjährigen Sohn den Schulweg per ÖPNV mit zweimaligem Umsteigen zumutet? – „Niemals“, sagt die alleinerziehende Mutter eines Jungen mit Wahrnehmungsstörungen. Und übt täglich den Spagat. Über den Bildschirm flimmern die Schulwege: Dorstfeld - Polizeipräsidium, 7,2 Kilometer, 24 Minuten, dreimal umsteigen. Marten - Polizeipräsidium, 7 Kilometer, 32 Minuten, zweimal umsteigen. – Das für Kinder mit einem Entwicklungs-Handicap: „Völlig indis-

kutabel“, urteilte Monika Landgraf, Vorsitzende der Stadtältern. „Weil etwas rechtlich in Ordnung ist, ist es politisch noch lange nicht okay“, setzte auch Friedrich Roesner (Die Grünen) einen Punkt.

Schwer hatte es Ralf Dallmann aus dem Schulverwaltungsamt. Er hatte die gesetzlichen Vorgaben zu vertreten. Danach hat eine Stadt in der finanziellen Klemme kein Recht, nach Gutdünken Sonderbustickets zu lösen. Sie muss wirtschaftlich abwägen zwischen der großen, für die Eltern verlässlichen und sicheren Lösung (18 000 Euro) und der Einzelfallberücksichti-

gung. Die reicht vom ÖPNV-Begleitticket bis hin zur Taxifahrt und würde in diesem Fall mit 10 000 Euro zu Buche schlagen. Allerdings, gab Dallmann den Eltern Argumentationshilfe, könne keinem Kind aus der Primarstufe das Umsteigen zugemutet werden.

Kann die Summe der Einzelfälle letztlich den Bus wirtschaftlicher fahren lassen? Gilt gerade bei den benachteiligten Kindern und ihren Eltern eine Fürsorgepflicht der Stadt? Politik sicherte Unterstützung zu. Die sollen die Eltern bei der Schulausschusssitzung am 19. Mai nochmal deutlich einfordern.

Dortmund

Der Opernball